

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken, eingereicht von Gemeinderätin M. Meyer (SP)

Am 21. Juni 2010 reichte Gemeinderätin Mattea Meyer namens der SP-Fraktion folgende Schriftliche Anfrage ein:

"Brady Dougan, CEO der Credit Suisse, hat letztes Jahr ein Salär von CHF 91 Millionen bezogen. Er verdient damit über 1800 Mal mehr als der schlechtestbezahlte Mitarbeitende der Bank. Auch die Lohnschere bei der UBS hat sich trotz wiederholten staatlichen Rettungsaktionen seither wieder deutlich erhöht – von einem Verhältnis von 1:51 auf 1:227. Diese krassen Lohnverhältnisse in den beiden Grossbanken schockierten die schweizerische Öffentlichkeit in den letzten Monaten und Jahren wiederholt.

Die beiden Banken verhalten sich gegenüber der Öffentlichkeit und Gesellschaft beispiellos arrogant. Die überrissenen Löhne der Topkader und die extremen Lohnscheren gefährden zunehmend den sozialen Zusammenhalt und sind volkswirtschaftlich schädlich. Ebenso verweigern sich die beiden Grossbanken einer konsequenten Weissgeldstrategie. Damit wird die Schweiz weiterhin einem völlig unnötigen Risiko eingesetzt. Diese Haltung ist von Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber unserem Land und der Welt geprägt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Unterhält die Stadt Winterthur geschäftliche Beziehungen mit den beiden Grossbanken UBS und CS?*
- 2. Wenn ja, kann sich die Stadt Winterthur vorstellen, diese Beziehungen abubrechen und erst wieder aufzunehmen, wenn sich die Grossbanken zu einer bedingungslosen Weissgeldstrategie im In- und Ausland bekennen und ihre Lohnpolitik wieder in einem vernünftigen Rahmen halten?"*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Der Stadtrat hat Verständnis für diese Schriftliche Anfrage, da er Lohndifferenzen in der geschilderten Grössenordnung grundsätzlich gesellschaftlich für nicht gesund hält.

Unternehmer investieren die Gewinne in ihren Betrieb und haften zudem mit ihrem eigenen Vermögen. Aus diesem Grund ist es gerechtfertigt, dass sie grosse Reserven anhäufen, damit ihre Unternehmung auch in schlechten Zeiten über die Runde kommt. Demgegenüber haften Manager nicht mit ihrem eigenen Vermögen. Im Gegenteil, bei der jüngsten Finanzkrise hat sich gezeigt, dass die öffentliche Hand Garantien abgeben musste, damit gewisse Bankinstitute bei einem allfälligen Konkurs nicht die schweizerische oder auch andere Volkswirtschaften in den Abgrund rissen. Für dieses risikoreiche und rücksichtslose Verhalten von einigen in der Privatwirtschaft tätigen Führungspersonen bringt der Stadtrat wenig Verständnis auf. Andererseits ist aber auch das Engagement, welches gerade die beiden Grossbanken UBS und CS sowohl im kulturellen wie auch im sportlichen Bereich tätigen zu würdigen. Die lokalen Vertretungen unterstützen in Winterthur häufig Vorhaben in diesen Bereichen mit namhaften Beiträgen. Die Verbundenheit, welche die Geschäftsleitungen zu

lokalen Projekten zeigen, wird auch vom Stadtrat geschätzt. Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Dank der Präsenz der beiden Grossbanken können Arbeitsstellen angeboten werden sowie Jugendliche eine Lehrstelle finden und sich beruflich ausbilden.

Trotzdem könnte die Lohnpolitik der öffentlichen Hand ein gutes Vorbild für die Privatwirtschaft sein. In der Stadt Winterthur ist das maximale Verhältnis bei den Löhnen 1 zu 5.5. Dies entspricht immer noch den sozialen Vorstellungen, wie sie der altgriechische Philosoph Platon entwickelt hatte. In seinem Buch 'der Staat', welches einen bedeutenden Grundpfeiler der westlichen Demokratien darstellt, schrieb er, dass sich soziale Unruhen einstellen würden, wenn das Verhältnis beim Verdienst schlechter als 1 zu 4 sei. Diese Frage hat somit die Gesellschaften schon seit weit über 2000 Jahre beschäftigt, und sie ist auch heute ein wichtiges Element, um den sozialen Frieden in einem Land erhalten zu können.

Der Stadtrat ist daher der Meinung, dass bei den grossen Konzernen im Bereich der Entlohnung Verbesserungen angezeigt sind, und er wird auch entsprechende politische Entwicklungen unterstützen.

Andererseits vertritt der Stadtrat die Auffassung, dass ein Boykott, der sich nur auf die Grossbanken bezieht, keinen Sinn macht. So zahlen auch andere Unternehmungen übertriebene Boni aus. Viel wichtiger ist, dass der Bund und andere Staaten Rahmenbedingungen schaffen, die verhindern, dass Unternehmungen Risiken eingehen, welche bei Miswirtschaft eine ganze Volkswirtschaft gefährden können. Ein erster Schritt dazu kann in den globalen Beschlüssen zu den neuen Eigenkapitalregeln, welche die Chefs der Notenbanken und der Aufsichtsbehörden von 27 Ländern Mitte September gefasst haben, gesehen werden. Es ist davon auszugehen, dass die vom Bund eingesetzte Expertenkommission, die bis Ende September zum gleichen Thema Empfehlungen unterbreiten soll, diese Beschlüsse berücksichtigt. Zudem sind Anpassungen in den Steuergesetzen wünschbar, welche die Auszahlung von Boni ab einer gewissen Höhe weniger attraktiv gestalten.

Daher erachtet es der Stadtrat als nicht sinnvoll, die bestehenden Geschäftsbeziehungen mit den beiden Grossbanken UBS und CS abubrechen. Zudem wäre ein Abbruch der Beziehungen mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbunden. Die Details dazu sind in der Beantwortung der beiden Fragen enthalten.

Zu den Fragen 1 und 2:

"1. Unterhält die Stadt Winterthur geschäftliche Beziehungen mit den beiden Grossbanken UBS und CS?"

2. Wenn ja, kann sich die Stadt Winterthur vorstellen, diese Beziehungen abubrechen und erst wieder aufzunehmen, wenn sich die Grossbanken zu einer bedingungslosen Weissgeldstrategie im In- und Ausland bekennen und ihre Lohnpolitik wieder in einem vernünftigen Rahmen halten?"

Zu beiden Grossbanken werden geschäftliche Beziehungen unterhalten. Über die CS wickelt die Stadt Winterthur den grössten Teil des operativen Finanzgeschäftes ab. Aber auch zur UBS, zur Postfinance, zur ZKB und zu weiteren kleineren Finanzinstituten bestehen geschäftliche Beziehungen. Auch die Pensionskasse der Stadt Winterthur unterhält geschäftliche Beziehungen zu beiden Grossbanken.

Operative Beziehungen zu Finanzinstituten

Diese Beziehungen wurden und werden nach folgenden Kriterien begründet:

- Professionalität der Dienstleistungen des Anbieters,

- Kosten und Konditionen der Dienstleistungen,
- Vielfalt des Angebotes der Dienstleistungen,
- E-Banking-Software, welche den städtischen Anforderungen und Vorschriften genügt.

Beziehung zur UBS

Die operativen Beziehungen zur UBS beschränken sich auf die kurzfristige Anlage von überschüssiger Liquidität und die Überbrückung von Liquiditätsengpässen im Rahmen von vereinbarten Kreditlimiten. Wenn die UBS in Zukunft nicht mehr berücksichtigt werden sollte, bedeutete dies, dass die Stadt möglicherweise auf die günstigsten Konditionen bei der Anlage oder Aufnahme von liquiden Mitteln verzichten müsste. Je nach Volumen und Dauer könnte dies zu Mehrkosten von einigen Tausend Franken pro Fall führen.

Beziehung zur CS

Die Stadt bezieht den grössten Teil der operativen Finanzdienstleistungen von der CS. Einzelne Dienstleistungen werden fallweise auch von der UBS beansprucht. Die Geschäftsbeziehungen zur CS können wie folgt umschrieben werden:

- Zahlungseingang:
Es bestehen 13 BESR-Verträge (Bank Einzahlungsschein mit Referenznummer) und 4 LSV-Verträge (Lastschriftverfahren) für die verschiedenen Spezialfakturierungen. Ergänzend werden 8 Cashdepositverträge für Ämter und Bereiche mit Bargeldüberschuss geführt.
- Zahlungsausgang:
Es bestehen 12 Beziehungen zwischen verschiedenen EDV-Systemen, aus welchen File-Zahlungen generiert werden. Zudem werden Direktzahlungen ins In- und Ausland via die CS abgewickelt.

Sowohl beim Zahlungseingang, als auch beim Zahlungsausgang besteht eine klar definierte, vertraglich festgelegte Beziehung zwischen dem Finanzinstitut – der CS – und dem jeweils betroffenen Amt / Bereich bzw. der eingesetzten ERP-Software (Enterprise Resource Planning). Dies ist nötig, damit die Systeme kommunizieren bzw. die Zahlungsströme eindeutig identifiziert und zugeordnet werden können.

- Aufbewahrung von Wertschriften:
Beteiligungspapiere, Anteilscheine etc. der Stadt Winterthur liegen in einem Depot der CS. Dies ermöglicht es dem Finanzamt auf einen eigenen Tresor zu verzichten.

Sollten die Beziehungen zur CS abgebrochen werden, ergäben sich folgende Konsequenzen:

- Evaluation eines Finanzinstitutes, welches den noch genau zu definierenden Kriterien genügt und die benötigte Dienstleistungspalette umfassend in professioneller Qualität anbietet.
- Aufbau der Geschäftsbeziehung zu dieser Institution in den verschiedensten Bereichen und Erarbeiten eines umfassenden vertraglichen Systems zur Abwicklung der verschiedenen Aufgaben.
- Umstellung sämtlicher betroffenen Debitoren- und Kreditorensysteme.
- Schulung der betroffenen Mitarbeitenden in der Anwendung der E-Banking-Software.
- Erarbeiten von Pannen- und Fehlerbehebungsrouinen.

Der Zahlungsverkehr der Stadt Winterthur ist zentral beim Finanzamt angesiedelt. Sämtliche Geldströme werden dort abgewickelt und verbucht. Vor ca. 13 Jahren zog die "Stadtkasse" vom Stadthaus an die St. Georgenstrasse 68 um. Da sich das Gebäude nicht zum Einbau einer Schalteranlage und eines Tresors eignete, wurde beschlossen, auf den zentralen Bargeldverkehr zu verzichten. Es musste ein Finanzinstitut gefunden werden, welches ein hochleistungsfähiges E-Banking anbietet. Die hohe Leistung bezieht sich auf die möglichst effiziente Bewältigung des Transaktionsvolumens und die Sicherheitssysteme, insbesondere im Zusammenhang mit dem Zahlungsvollzug. Damals war die CS die einzige Bank, welche diese Anforderungen erfüllen konnte. Zudem konnten vorteilhafte Gebühren ausgehandelt werden. Die Stadtverwaltung ist mit der Zusammenarbeit mit der CS sehr zufrieden.

Finanzierung der Stadt Winterthur

Bei der Beschaffung von langfristigem Fremdkapital wurden in der Vergangenheit folgende Institutionen berücksichtigt:

Institut	Restlaufzeit Jahre	Betrag in Mio. CHF
Postfinance (Darlehen)	9	50
AXA-Versicherung (Darlehen)	11	50
Basler Lebensversicherung (Darlehen)	14	50
Raiffeisen Bank (Anleihe)	20	100
ZKB (Privatplatzierung)	3	25
AHV-Ausgleichskasse (Darlehen)	4	25
ZKB (Anleihe)	1	100
Bayerische Hypo Vereinsbank (Anleihe)	8	100
Pensionskasse (variable Höhe)	-	360
UBS (Stadtbus, Festkredit)	2	5
UBS (Stadtbus, Darlehen, abrufbar ab 2010)	16	24
Jakob Briner Stiftung (Darlehen)	-	1
Summe		890

Nur Stadtbus hat sich über die UBS finanziert. Der Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen beträgt 3.3%. Bei der Ausschreibung dieser Finanzierung erhielt die UBS den Zuschlag, da ihre Offerte die wirtschaftlich günstigste war. Das vorzeitige Auflösen des Festkredites (CHF 5 Mio.) mit einer Restlaufzeit bis 20.01.2012 würde Kosten von ca. CHF 194'000.- verursachen. Der Zins für die Finanzierung der neuen Hess-Busse ist mittels eines Zinsabsicherungsgeschäfts gesichert. Das Auflösen dieses Konstrukts würde Kosten in Höhe von ca. CHF 1'950'000.- zulasten der Stadt Winterthur verursachen.

Beziehungen der Pensionskasse der Stadt Winterthur zu Finanzinstituten

Die Anlagen der Pensionskasse erfolgen mehrheitlich in Fonds. Zu den Fondsverwaltern gehören namhafte schweizerische (z.B. CS, UBS, ZKB) wie auch ausländische Firmen. So besitzt die Pensionskasse unter anderem Anteile an drei von der UBS und an fünf von der CS gemanagten Fonds für institutionelle Anleger. Ein Verkauf von Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen (z.B. schlechte Wertentwicklung einer Anlagekategorie, schlechte Leistung des Fondsmanagers) ist im Rahmen der Anlagestrategie immer möglich. Die Fondsanlagen bei der CS und der UBS haben den von der Anlagekommission gesetzten Anforderungen bisher entsprochen. Ein Verkauf der entsprechenden Fondsanteile wäre mit zusätzlichen Kosten und zusätzlichem Zeitaufwand für die Anlagekommission verbunden.

Zudem verwahrt die CS als "Global Custodian" die bankfähigen Vermögenswerte (Obligationen, Aktien, Fondsanteile, usw.) der Pensionskasse und erstellt ein periodisches Reporting über das Gesamtvermögen der Pensionskasse. Die Wahl der CS als Global Custodian erfolgte 2008 in einem aufwändigen Auswahlverfahren. Ein Wechsel des Global Custodian wäre mit hohem zeitlichem Aufwand für die Anlagekommission und den Geschäftsführer verbunden.

Die Pensionskasse der Stadt Winterthur ist dem Ethos Engagement Pool angeschlossen. Dieser führt im Auftrag von Schweizer Pensionskassen den Dialog über Good Governance sowie soziale und ökologische Verantwortung mit börsenkotierten Schweizer Unternehmen. Die Pensionskasse versucht auf diesem Weg, Einfluss auszuüben.

Fazit

In Würdigung sämtlicher Umstände im Zusammenhang mit den laufenden Geschäftsbeziehungen zu den beiden Grossbanken CS und UBS – insbesondere der Kostenfolgen – erachtet es der Stadtrat als nicht sinnvoll, die bestehenden Geschäftsbeziehungen abzubrechen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder